RENTE 2060

„Die Politik muss gegensteuern“

Experte Franz Ruland fordert rasche Reformen, damit die Rentenkasse nicht in eine Schieflage gerät

Der Jurist und Rentenexperte Franz Ruland bangt um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Rente. Im Interview mit unserem Redakteur Mirco Overländer fordert er rasches Handeln, damit auch künftige Generationen noch eine adäquate Altersvorsorge erhalten.

Herr Ruland, Ende November haben sich Union und SPD auf Reformen bei der Rente geeinigt. Ist das Ergebnis aus Ihrer Sicht zufriedenstellend?

FRANZ RULAND: Im Prinzip ja. Da immer mehr Versicherte mit einer Erwerbsminderungsrente ergänzend auf die Grundsicherung angewiesen sind, war es richtig, ihre Renten anzuheben. Auch der Kompromiss bei der Angleichung des Rentenniveaus in den neuen Bundesländern wäre notwendig, weil es nicht länger hinzunehmen ist, dass Versicherte in den neuen Bundesländern mit gleich hohen Beiträgen deutlich höhere Rentenansprüche erwerben. Wie es scheint, soll nun die Rentenversicherung mit den Mehrkosten in Höhe von rund vier Milliarden Euro belastet werden. Die Versicherten in den alten Bundesländern zahlen aber schon heute Jahr für Jahr über 20 Milliarden Euro für den West-Ost-Transfer. Er ist als Folge der Wiedervereinigung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und daher mit Steuern zu finanzieren, so dass sich auch Beamte, Selbständige und Personen mit Einkommen aus Vermögen daran zu beteiligen haben.

CDU und SPD scheinen in der Rentenfrage auf Zeit zu spielen. Wie viel Zeit bleibt, bis eine grundlegende Änderung der Rentenformel unumgänglich wird?

RULAND: Nicht mehr viel. Die Zahl der Rentner erhöht sich bis 2037 sehr schnell und stark, weil die Baby-Boomer-Generation der 1960er Jahre in Rente geht. Die Lebenserwartung nimmt bis 2060 um weitere sechs Jahre zu. Der Altenquotient, der das Verhältnis der über 65-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen angibt, steigt von heute 34 Prozent bis Mitte der 2030er Jahre auf 56 Prozent, bis 2060 verdoppelt er sich. Im Detail mögen sich die Zahlen ändern, der Trend ist eindeutig. Geschieht nichts, haben wir 2040 einen Beitragssatz von rund 24 Prozent, 2060 einen von über 26 Prozent. Das Rentenniveau vor Steuern sinkt dann auf rund 40 Prozent. In der nächsten Legislaturperiode sollten erste Weichen gestellt werden, weil die meisten Maßnahmen wegen des Vertrauensschutzes längere Übergangsregelungen brauchen.

Jurist und Buchautor Franz Ruland

Ist das deutsche Rentensystem ohne umfassende Änderungen überhaupt zukunftsfähig?

RULAND: Ja. Die Politik muss aber gegensteuern, wenn sie weder den Anstieg des Beitragssatzes noch das Absinken des Rentenniveaus hinnehmen will. Das heißt zunächst keine zusätzlichen Ausgaben für Wahlgeschenke, die die nächsten Generationen zusätzlich belasten. Es heißt aber auch, dass wir nach 2030 um eine weitere Anhebung der Altersgrenze nicht herumkommen. Die Rentenbezugsdauer hat sich seit 1960 auf 20 Jahre verdoppelt. Das ist ein enormer Wertzuwachs. Die weitere Verlängerung der Lebenserwartung kann nicht nur zulasten der Beitragszahler gehen. Sinnvoll ist ein Automatismus, nach dem sich, wenn die Lebenserwartung steigt, in einem angemessenen Verhältnis die Altersgrenze erhöht. Das führt auch zu höheren Renten, die die Niveauabsenkung zum Teil ausgleichen. Den Versicherten wird nichts weggenommen, der Zuwachs an Lebenserwartung erhöht nur noch zu einem Teil die Rentenbezugsdauer. Wir müssen aber alles tun, damit jeder die Chance bekommt, länger arbeiten zu können.

Wie stehen Sie zu der Forderung, dass auch Beamte, Selbständige und Politiker in die Rentenkasse einzahlen müssen, wie es in der Schweiz oder in Österreich geschieht?

RULAND: Wenn wir auf der grünen Wiese ein neues System der Alterssicherung schaffen könnten, gäbe es für Beamte und Selbständige keine Ausnahmen. Aber das Grundgesetz verbietet eine Einbeziehung der Beamten in die Rentenversicherung. Für eine Änderung finden sich die notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheiten nicht. Die Rentenversicherung müsste zudem, wenn sie die aktiven Beamten als Beitragszahler bekäme, auch die Pensionisten übernehmen. Da die Beamten eine im Durchschnitt längere Lebenserwartung haben, wären sie für die Rentenversicherung ein sehr teures Risiko. Daher Vorsicht!

Eine Versicherungspflicht für Solo-Selbständige ist sozialpolitisch notwendig, praktisch aber nur schwer durchzusetzen, weil viele nicht in der Lage sind, die vollen Beiträge zu zahlen. Ein Wahlrecht, ob die Selbständigen privat oder gesetzlich vorsorgen wollen, darf es nicht geben – der Rentenversicherung blieben nur die schlechten Risiken.

CDA-Bundesvorstand Christian Bäumler fordert, den staatlichen Anteil der Rentenkasse deutlich anzuheben, so dass Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Steuerzahler künftig je ein Drittel einzahlen. Was halten Sie davon?

RULAND: Der Bundeszuschuss macht derzeit rund 24 Prozent der Rentenausgaben aus. Da er sich erhöht, wenn die Beitragssätze ansteigen, wird er von heute 4 Prozent bis 2060 auf 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Würde ihn die Politik zusätzlich auf ein Drittel der Ausgaben anheben, müsste das Rentenniveau nicht so stark absinken. Das wird sich aber gegenüber den Steuerzahlern nur durchsetzen lassen, wenn in der Rentenversicherung die Möglichkeiten ausgeschöpft sind, das heißt auch, wenn die Altersgrenze angehoben wird. Es ist einfach, aber nicht sehr realistisch, Probleme der Rentenversicherung mit einem höheren Bundeszuschuss lösen zu wollen. Auf den Fiskus kommen, da die Bevölkerung im Erwerbsalter bis Ende 64 in den nächsten Jahrzehnten deutlich sinken wird, ohnehin große Probleme zu. Auch sie würden geringer, wenn Lebensarbeitszeit verlängert wird.

Wie lautet Ihr Vorschlag zu einer gerechten und zukunftsfähigen Rentenformel?

RULAND: Wir müssen einen fairen Interessenausgleich zwischen Jung und Alt finden. Wir können die Kosten des Alterns unserer Bevölkerung nicht wegmanipulieren, wir können sie nur gerecht verteilen. Die Rentner werden ein höheres Renteneintrittsalter und ein niedrigeres Rentenniveau hinnehmen müssen, es sei denn, sie nutzen die verlängerte Lebensarbeitszeit, um die Niveauabsenkung zu mindern oder auszugleichen. Auf die Beitragszahler kommen höhere Beitragssätze und auf die Steuerzahler höhere Bundeszuschüsse zu.

Sie sind 2014 aus Protest über die Rente mit 63 aus der SPD ausgetreten. Was war Ihre Motivation und haben sich Ihre Befürchtungen bestätigt?

RULAND: Es war der große Ärger darüber, dass entgegen dem Rat des gesamten Sachverstandes den nachwachsenden Generationen überflüssige Kosten aufgebürdet wurden, nur um die Klientel zu bedienen. Es war ein Gesetz für Oma und Opa. Oma erhielt eine höhere Mütterrente, Opa durfte früher ohne Abschläge in Rente gehen. Die Jüngeren bekamen nichts, müssen aber alles bezahlen. Die Kosten, viele Milliarden, belasten – wie befürchtet – die Rentenfinanzen noch über 2030 hinaus mit über drei Prozent der Ausgaben.

INFO Der Renten-Experte

Der Jurist Franz Ruland wurde am 25. September 1942 in Saarbrücken geboren. 1965 trat er der SPD bei. Nach seinem Studium war er bis 1978 am Institut für Politik und Öffentliches Recht der Universität München tätig. Er wechselte danach zunächst als Leiter der Rechtsabteilung zum Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR).

Von 1980 bis 1983 übernahm er eine Professur an der Universität Hannover. Danach kehrte er zum VDR zurück, dessen Geschäftsführung er 1992 übernahm und bis zu dessen Umwandlung als Teil der Deutschen Rentenversicherung Bund innehatte.

Von April 2009 bis März 2013 war Ruland als Nachfolger von Bert Rürup Mitglied und Vorsitzender des Sozialbeirates. 2014 trat er aus Protest gegen die Rentenpolitik seiner Partei aus der SPD aus.

Ruland lebt heute in München und hat zahlreiche Sachbücher zum Thema Rente und Altersvorsorge veröffentlicht. *red*

Guterres startet mit großen Plänen

New York. Der frühere portugiesische Ministerpräsident António Guterres ist als neuer UN-Generalsekretär vereidigt worden. „Die Vereinten Nationen müssen wendig, effizient und wirksam sein“, sagte der 67-Jährige bei der Zeremonie in der Vollversammlung. Die 193 Staaten zählende Weltorganisation müsse mehr Verantwortung übernehmen, Bürokratie abbauen und den Menschen schneller Ergebnisse liefern. „Die UN müssen bereit sein, sich zu verändern“, sagte Guterres, der den Umgang mit internationalen Konflikten aus nächster Nähe als Chef des Flüchtlingshilfswerks kennenlernte.

„Ich habe keine Zweifel, dass er die vielen komplexen Herausforderungen mit seiner Leidenschaft und seinem Mitgefühl erfolgreich steuern und die Organisation zu neuen und höheren Höhen lenken wird“, sagte Amtsinhaber Ban Ki Moon, der den Posten an der UN-Spitze zum 1. Januar 2017 abgibt. *dpa*

Trump: Ex-General für Heimatschutz

Washington. Auch für den Posten des Heimatschutzministers hat der künftige US-Präsident Donald Trump einen pensionierten Militär ausgewählt. Es handelt sich um den 66-jährigen John Kelly, der Kampftruppen im Irak kommandierte und einen Sohn beim Militäreinsatz in Afghanistan verlor. Kelly ist ein weiterer Hardliner in Trumps Kabinett, daran ließ er selbst keinen Zweifel. Der kriegserfahrene General tritt für eine rigorose Absicherung der US-Außengrenzen ein. *afp*

EU und Kuba nähern sich an

Brüssel. Die Europäische Union bewegt sich auf Kuba zu und will europäischen Firmen einen besseren Zugang zu dem Karibikstaat ebnen. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und der kubanische Außenminister Bruno Rodriguez Parrilla unterzeichneten dafür am Montag in Brüssel eine erste Kooperationsvereinbarung. Ein Risiko für das Abkommen durch die Wahl Donald Trumps verneinten beide Seiten. „Die Beziehungen zwischen der EU und Kuba laufen nicht über Washington“, sagte Rodriguez. *rtr*

Kann nur die Aktie die Rente retten?

VON DIETER HINTERMEIER

Frankfurt. Friedrich von Metzler ist ein großer Freund der Aktie. Daraus macht der Frankfurter Bankier keinen Hehl. Aber dass sogar Angela Merkel Wertpapiere zu schätzen weiß, war selbst von Metzler neu. „Während eines Gesprächs sagte die Kanzlerin plötzlich zu mir: Der Deutsche spart falsch, er spart nicht in Aktien“, so von Metzler bei einer Veranstaltung des wirtschaftsnahen Deutschen Aktieninstituts (DAI), bei der die Studie „Lebensstandard im Alter sichern – Rentenlücke mit Aktien schließen“ im Mittelpunkt stand. Neben dem Bankhaus Metzler waren auch die Fondsgesellschaften der Sparkassen und Volksbanken, Deka und Union Invest, beteiligt. Für die DAI-Chefin Christine Bortenlänger sind Aktien ein probates Mittel, um eine auskömmliche Rente zu erwirtschaften, denn die gesetzliche Rente reiche hierfür bei weitem nicht aus. Bortenlänger bemühte ihr Hobby Bergsteigen, um die Situation für künftige Rentnergenerationen anschaulich zu machen. „Mit der gesetzlichen Rente kommen wir nur bis zur Mittelstation, wenn überhaupt. Wer zum Gipfel will muss privat Vorsorgen“, so die DAI-Chefin. Und das nach Ansicht von Bortenlänger natürlich auch mit Aktien.

In besagter Studie setzen sich die Autoren mit den Herausforderungen auseinander, vor denen die Altersvorsorge in Deutschland steht. „Die Grenzen der Finanzierbarkeit des staatlichen Umlageverfahrens liegen auf der Hand. Der demographische Wandel führt zu einer signifikanten Rentenlücke“, sagt Bortenlänger. Dabei arbeite die Studie „die langfristigen Renditevorteile von Aktien für die Altersvorsorge heraus“. Darüber hinaus zählt die Expertise andere Länder auf, die durch den Einsatz von Aktien ihre Altersvorsorgesysteme sicher aufgestellt hätten. Hierzu zählten zum Beispiel die Niederlande und Schweden sowie natürlich die USA und Australien. „Ein langfristig tragfähiges Altersvorsorgekonzept für alle Bürger ist nur mit Kapitaldeckung und dem Einsatz von Aktien zu bewerkstelligen“, so Bortenlänger. Die derzeit von vielen Politikern favorisierte Lösung, das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, ist ihrer Ansicht dagegen „nicht zielführend“. „Wir müssen Aktien in einem viel größeren Umfang in der Altersvorsorge einsetzen, um die Rentenlücke zu schließen“, fordert Bortenlänger. Auch für Friedrich von Metzler sind „Aktien insbesondere für die Altersvorsorge ein ideales Anlageinstrument, weil sie auf lange Frist hohe Renditen abwerfen“. Dabei verweist er auf die Studie, die seiner Ansicht nachweise, dass eine gut diversifizierte Aktienanlage in Zeiträumen von 30 Jahren und mehr eine durchschnittliche Rendite von bis zu zehn Prozent einbringen könne. „Da die Gelder in der Altersvorsorge über viele Jahrzehnte angelegt werden, kommt hier der Vorteil der langfristigen Aktienanlage voll zum Tragen“, sagt von Metzler. Nach Einschätzung des Bankiers denke „der Deutsche“ beim Thema Substanzwertanlage in der Regel an die Immobilie. Doch bei Immobilien werde vielfach eine falsche Rechnung aufgemacht. Im Gegensatz zur Beteiligung an einem börsennotierten Unternehmen könnten Immobilien schwer bewertet werden. „Außerdem muss man laufend investieren, um ein Haus oder eine Wohnung in Stand zu halten“, sagt von Metzler.

Friedrich von Metzler Foto: dpa

Um das Augenmerk auf das Aktiensparen zu lenken, zieht Jörg-Matthias Butzlaff, Leiter der Unternehmenskommunikation des Bankhaus Metzler, Parallelen zum Zähneputzen. Hierbei sei das Wichtigste, sich überhaupt dafür zu entscheiden, die Zähne zu putzen. Welche Zahncreme und welche Bürste man dabei verwende, sei dann eher zweitrangig.

Rumänien vor Regierungsbildung

Bukarest. Rumäniens Sozialdemokraten (PSD) haben die Parlamentswahl klar gewonnen und könnten damit nach gut einem Jahr an die Regierung zurückkehren. Die pro-europäische PSD plant eine Regierungskoalition mit der liberalen Partei ALDE. Offen blieb am Montag die Frage, ob der wegen Wahlmanipulation vorbestrafte PSD-Vorsitzende Liviu Dragnea Ministerpräsident wird. Ein entscheidendes Mitspracherecht hat hierbei Staatspräsident Klaus Iohannis, der dem Wahlverlierer PNL (Mitte-Rechts) nahesteht. *dpa*

Ägypten: Es war ein Selbstmordattentat

Kairo. Der Anschlag auf eine koptische Kirche in Kairo war nach den Worten von Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi ein Selbstmordanschlag. Die Tat sei von einem 22-Jährigen mit einem Sprengstoffgürtel ausgeführt worden, sagte al-Sisi während der Beerdigung der Opfer am Montag in der ägyptischen Hauptstadt. Drei weitere Verdächtige seien festgenommen worden und würden derzeit verhört. Der koptisch-orthodoxe Papst Tawadros II. verurteilte den Anschlag. Zunächst bekannte sich niemand zu der Tat.

„Wer immer dies getan hat, gehört nicht zu Ägypten, seiner Geschichte oder seiner Kultur“, sagte das Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche bei einer Trauerfreier in Kairo. Der Angriff auf die Kirche sei ein Angriff „gegen die Nation“. Papst Franziskus rief von Rom aus Tawadros II. an und drückte sein Beileid aus. „Wir sind durch das Blut unserer Märtyrer vereint“, erklärte Franziskus demnach. Bei dem Bombenanschlag auf die koptische Kirche am Sonntag waren während einer Messe mindestens 25 Menschen getötet worden. *dpa*

Mit Härte gegen die Opposition

Die türkische Regierung macht die prokurdische Partei HDP für die Anschläge von Istanbul mitverantwortlich

Nach den Terroranschlägen in Istanbul verspricht die Regierung „Rache“. Sie geht nicht nur gegen die PKK, sondern auch gegen die prokurdische Opposition vor. Der Konflikt droht aus dem Ruder zu laufen.

VON MIRJAM SCHMITT UND CONSTANZE LETSCH (DPA)

Istanbul. Schon kurz nach dem verheerenden Doppelanschlag vom Wochenende in Istanbul machte die türkische Führung deutlich, wie sie reagieren wird: mit Härte und Vergeltung. Staatspräsident Erdogan erklärte den Kampf gegen „die Pest des Terrors“ zur Priorität. Und Innenminister Süleyman Soylu sprach von „Rache“, die die Sicherheitskräfte nehmen müssten.

Am Montag, nachdem sich die TAK, eine Splittergruppe der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, zu den Anschlägen bekannt hatte, legte Soylu nach: „Unsere Aufgabe ist, sie von diesem Teil der Erde für immer zu eliminieren“ sagte er. „Sie“, das sind für den Innenminister die „Terroristen“ und ihre „Marionetten“.

Für eine dieser Puppen hält die türkische Führung unter anderem die prokurdische Partei HDP – zweitgrößte Oppositionspartei im Parlament, aber in den Augen der Regierung nichts anderes als der verlängerte Arm der PKK.

Die HDP wiederum glaubt, dass Erdogan die Partei loswerden will, um das von ihm angestrebte Präsidialsystem leichter durchsetzen zu können. Das Präsidialsystem würde Erdogan deutlich mehr Macht verleihen.

„Erdogan sieht die HDP als einziges Hindernis auf dem Weg zum Präsidialsystem“, sagt Tahsin Yilmaz, Vorsitzender der HDP im Istanbuler Bezirk Beykoz. „Weil wir dieses System kritisieren, stellt er uns als Terroristen hin.“

Nur zwei Tage nach dem Anschlag in Istanbul wurden mehr als 230 HDP-Politiker unter anderem wegen des Vorwurfs der PKK-Unterstützung festgenommen. HDP-Sprecher Ayhan Bilgen reagierte wütend: „Ist es das, was ihr mit Rache meint?“

Büro verwüstet

In Istanbul wird das Gebäude der HDP-Provinzleitung verwüstet. Augenzeugen berichten von einer Polizeirazzia. Flyer und Plakate liegen auf dem Boden. Das Parteiemblem im Versammlungssaal ist von der Wand gerissen. Die Bibliothek ist verwüstet. An der Wand prangen ungelenke Graffiti: „Wir sind gekommen, aber ihr wart nicht da“ und: „Wir kommen wieder“.

Seit dem Scheitern des Waffenstillstands zwischen Regierung und PKK im Juli 2015 droht die Gewalt aus dem Ruder zu laufen. Militäroperationen im Südosten oder gegen den Ableger der PKK in Syrien provozieren neue Anschläge, welche die Regierung wiederum zum härteren Durchgreifen gegen die kurdische Opposition bewegen.

Das Parteibüro der HDP in Istanbul ist verwüstet. An der Wand steht: „Wir sind gekommen, aber ihr wart nicht da.“ Foto: dpa

Nach Angaben von Experten der International Crisis Group hat diese Gewaltspirale seit dem vergangenen Sommer mehr als 2000 Menschen das Leben gekostet, darunter mehr als 380 Zivilisten.

Die Angriffe der PKK und ihrer Ableger treffen wieder vermehrt auch den Westen der Türkei. Im März bekannten sich die „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK) zu einem schweren Bombenattentat mit mehr als 30 Toten in der Hauptstadt Ankara. Auch zu den Doppelanschlägen vom Wochenende in Istanbul bekannte sich die TAK.

Der Einfluss der PKK auf die Gruppierung ist unklar. Während sich die TAK selbst als unabhängig ausgibt, sprechen türkische Sicherheitsexperten von engen Verbindungen zwischen beiden Organisationen.

IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführung: Oliver Rohloff
Chefredakteur: Joachim Braun
Stellv. Chefredakteur: Lutz Bernhardt
Chef vom Dienst: Peter Schmitt

Die verantwortlichen Redakteure:
Politik: Dr. Dieter Sattler, Blick in die Welt: Pia Rolfs; Rhein-Main & Hessen: Christiane Warnecke; Wirtschaft: Michael Balk; Kultur und Service: Michael Kluger; Sport: Klaus Veit.

Redaktion und Verlag:
Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main; Hausadresse: Frankenallee 71–81, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten. Telefonnummer: (0 69) 75 01–0, Fax: (0 69) 75 01-42 92. E-Mail: redaktion@fnp.de; Internet: www.fnp.de

Anzeigen:
Michael Hollfelder, Ingo Müller; Anzeigenverkauf: RheinMainMedia GmbH, Postfach 200221, 60606 Frankfurt am Main, Telefonnummer (0 69) 75 01-40 00, Telefax: (0 69) 75 01-41 65. Anzeigenpreise laut RheinMainMedia-Anzeigenpreisliste Nr. 21, gültig seit 1. Januar 2016; E-Mail-Adresse: service@rheinmainmedia.de; im Internet unter: http://www.rheinmainmedia.de

Vertrieb:
Monatsbezugspreis: 39,95 Euro (einschließlich Zustellerlohn und 7% MwSt.), E-Paper/App 26,95 Euro (inkl. 19% MwSt.). Zur Auslieferung des Abonnements werden, soweit erforderlich, Abonnentendaten an spezielle Dienstleistungsunternehmen wie die Medienservice GmbH und Co. KG und Zustellpartner weitergegeben.
Siehe auch www.fnp.de/abo.

Druck:
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf, Telefonnummer: (0 61 05) 98 3-0, Telefax: (0 61 05) 983-52 03, Internet: www.fs-druckerei.de

Bankverbindungen:
Deutsche Bank, IBAN: DE63 5007 0010 0092 7228 00, BIC: DEUTDEFF; Commerzbank, IBAN: DE34 5008 0000 0290 0075 00, BIC: DRESDEFF; Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE76 5005 0201 0000 3550 54, BIC: HELADEF1822; Frankfurter Volksbank, IBAN: DE20 5019 0000 6200 0139 54, BIC: FFVBDEFFXXX; Postbank, IBAN: DE81 5001 0060 0051 1346 01, BIC: PBNKDEFF.

Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen. Täglich mit „Kultur und Service“.

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.